

Wochenbericht

Baltikum: Kein Ende der Krise in Sicht

Seite **676**

Das Baltikum hat in den vergangenen Jahren einen beispiellosen Wirtschaftsboom erlebt. Dieser beruht vor allem auf ausländischen Kapitalzuflüssen – diese sind infolge der globalen Finanzkrise nun eingebrochen. Besonders Lettland, aber auch Estland und Litauen erleben einen massiven Einbruch des Sozialprodukts und steigende Arbeitslosenzahlen. Eine Analyse des DIW Berlin zeigt zudem, dass in Lettland eine Währungskrise droht, die die Probleme des Baltikums weiter verschärfen würde.

Von Patricia Alvarez-Plata und Hella Engerer

„Die weltweite Wirtschaftskrise hat das Baltikum besonders hart getroffen“

Seite **677**

Fünf Fragen an Hella Engerer

Gewalttätige Konflikte erhöhen Einkommensungleichheit

Seite **683**

Kriege und gewalttätige Konflikte haben verheerende Auswirkungen auf die betroffenen Volkswirtschaften. Die Analyse des DIW Berlin zeigt zunehmende Einkommensungleichheiten im Verlauf der Konflikte und vor allem in der frühen Nachkriegszeit. Maßnahmen zum Wiederaufbau scheinen hier gegensteuern zu können.

Von Marc Vothknecht

Der Aufstieg des Atypischen und der Fall der Volksparteien

Seite **690**

Kommentar von Alexander Kritikos

Baltikum: Kein Ende der Krise in Sicht

Patricia Alvarez-Plata
palvarez@diw.de

Hella Engerer
hengerer@diw.de

Die globale Finanzkrise und der damit verbundene dramatische Einbruch der privaten Kapitalflüsse hat die Volkswirtschaften der baltischen Länder in besonderem Maße getroffen. Das reale Bruttoinlandsprodukt ist im ersten Halbjahr 2009 in Lettland um 18,8 Prozent, in Estland um 15,7 Prozent und in Litauen um 11 Prozent gesunken. Diese Länder wiesen im Vorfeld der aktuellen Krise einen hohen Anteil an bankbezogenen Kapitalzuflüssen auf, die zu einem großen Teil zur Finanzierung der sehr hohen Leistungsbilanzdefizite verwendet wurden. Aktuell haben die baltischen Länder einerseits wegen ihrer fixen Wechselkurssysteme und andererseits wegen der fehlenden Möglichkeit, fiskalpolitische Impulse zu setzen, einen nur eingeschränkten wirtschaftspolitischen Handlungsspielraum. In Lettland ist die Lage der öffentlichen Haushalte besonders angespannt. Frühwarnindikatoren deuten zudem auf eine bevorstehende Währungskrise in Lettland hin. Eine Abwertung würde zwar die Wettbewerbsfähigkeit des Landes verbessern, aber aufgrund des hohen Anteils der in Fremdwährungen ausgereichten Kredite zu großen Kreditausfällen im Inland führen. Eine starke Abwertung könnte sich zudem negativ auf die beiden anderen baltischen Länder auswirken. Das Beispiel Baltikum zeigt, wie problematisch eine Entwicklungsstrategie ist, die in hohem Maß auf Kapitalzuflüsse aus dem Ausland setzt.

Die globale Finanzkrise hat sich in den baltischen Ländern besonders rasch ausgewirkt. Bereits im Jahr 2008 kam es zu einem deutlichen Rückgang des Bruttoinlandsprodukts in Lettland (–4,6 Prozent) und in Estland (–3,6 Prozent) (Abbildung 1). In Litauen hat sich die gesamtwirtschaftliche Zuwachsrate auf drei Prozent verringert, nachdem sie 2007 noch bei neun Prozent gelegen hatte.¹ Der wirtschaftliche Absturz setzte sich im ersten Halbjahr 2009 beschleunigt fort (Estland –15,7 Prozent, Litauen –11 Prozent und Lettland sogar –18,8 Prozent). Die weiteren Aussichten gelten als düster. Die Wirtschaftsleistung dürfte 2009 im Schnitt um über zwölf Prozent zurückgehen.² Auch 2010 wird die gesamtwirtschaftliche Produktion im Baltikum rückläufig sein.

Die Krise hat nicht nur zu starken Produktionsrückgängen geführt, sondern ist inzwischen auch auf dem Arbeitsmarkt angekommen. Im Juli 2009 erreichte nach Angaben des statistischen Amtes der EU, Eurostat, die Arbeitslosenquote in Estland 13,3 Prozent, in Litauen 16,7 Prozent und in Lettland 17,4 Prozent; sie hat sich damit im Vergleich zum Vorjahr jeweils mehr als verdoppelt.

Baltikum besonders krisenanfällig

Die baltischen Länder wiesen im Vorfeld der internationalen Finanzkrise einige Besonderheiten auf:

- sehr hohe Leistungsbilanzdefizite und steigende Auslandsverschuldung,
- überdurchschnittlich hohe Anteile an bankbezogenen Kapitalzuflüssen am Bruttoinlands-

¹ International Monetary Fund: World Economic Outlook Database. April 2009.

² Vgl. unter anderem Eastern Europe Consensus Forecasts. Juni 2009.

„Die weltweite Wirtschaftskrise hat das Baltikum besonders hart getroffen“



Kaum eine Region in Europa war in den vergangenen Jahren so kräftig gewachsen wie das Baltikum. Lettland, Estland und Litauen verbuchten bis 2007 Zuwachsraten von durchschnittlich sieben bis acht Prozent. Frau Dr. Engerer, hat die globale Finanz- und Wirtschaftskrise den Aufschwung dort gestoppt?

Ja, die wirtschaftliche Entwicklung im Baltikum ist mehr als düster. Im ersten Halbjahr 2009 ist das Bruttosozialprodukt in diesen Ländern zwischen elf und fast 19 Prozent gesunken. Hauptgrund: Im Zuge der Finanzkrise sind die Kapitalzuflüsse, die vorher den Aufschwung mitfinanziert hatten, gestoppt worden. Ende letzten Jahres mussten wir sogar einen Kapitalabfluss beobachten. Das Vertrauen internationaler Anleger in diese Länder ist gesunken. Der Aufschwung muss jetzt aus eigenen Quellen kommen. Da ist natürlich eine erhebliche Umgestaltung notwendig.

Warum zeigt sich ausgerechnet das Baltikum besonders krisenanfällig?

Mit der Umkehrung der Kapitalzuflüsse ist natürlich eine ganz wichtige Quelle versiegt, die diesen Aufschwung erzeugt und finanziert hat. Außerdem war der Konsum in den vergangenen Jahren in diesen Ländern sehr stark gewachsen, finanziert vor allem durch die Kredite. Die bleiben jetzt aus, und damit fällt die Wirtschaft dort in sich zusammen.

Die aktuellen Zahlen zeigen, dass Lettland besonders betroffen ist. Wo liegt der Unterschied zu den beiden anderen baltischen Ländern?

In Lettland waren die Kapitalzuflüsse besonders hoch. Das Land hat auch eine sehr hohe Auslandsverschuldung. Jetzt hat Lettland das Problem, seinen fixen Wechselkurs zu halten. Momentan ist noch nicht absehbar, ob das gelingt

oder es durch eine starke Abwertung zu einer Währungskrise in Lettland kommt.

In Westeuropa und auch in den USA gibt es ja mittlerweile erste, zarte Anzeichen einer wirtschaftlichen Erholung. Lässt sich das auch in Litauen, Estland und Lettland beobachten?

Die ganz aktuellen Zahlen für August und September liegen noch nicht vor. Aber die Zahlen davor deuten an, dass in diesen Ländern noch kein Aufschwung in Sicht ist. Natürlich wird die Wirtschaft nicht weiter mit so hohen Raten schrumpfen wie zuletzt. Aber auch für das nächste Jahr wird noch ein leicht rückläufiges Bruttosozialprodukt vorausgesagt.

Die Probleme, die die Länder bisher nicht lösen konnten, können sie aufgrund ihres eingeschränkten wirtschaftspolitischen Handlungsspielraums jetzt zum Teil noch schlechter lösen. Sie sind eingeeengt in der Fiskalpolitik und aufgrund der fixen Wechselkurse auch in

der Geldpolitik. Problematisch ist auch die Binnennachfrage, die in den vergangenen Jahren relativ hoch war. Das Geld floss vor allem in den Konsum und den Wohnungsbau. Dieser Konsum bricht jetzt weg.

Wie fällt die Prognose für die kommende wirtschaftliche Entwicklung im Baltikum aus?

Die Prognose für die wirtschaftliche Entwicklung im Baltikum ist für die nächsten Jahre eine der düstersten in den mittel- und osteuropäischen Ländern. Wie schlimm es kommt, hängt auch davon ab, ob es in Lettland tatsächlich zu einer Währungskrise kommt. Wenn das passiert, dürften sich die Aussichten für einen Aufschwung im Baltikum sogar noch weiter verschlechtern.

Dr. Hella Engerer,
Wissenschaftliche
Mitarbeiterin in der
Abteilung Weltwirtschaft
am DIW Berlin

Das Gespräch führte
Karsten Zummack.
Das vollständige Interview zum Anhören
finden Sie auf
www.diw.de/interview

Die wirtschaftliche
Entwicklung im
Baltikum ist mehr
als düster.

Die Probleme, die die Länder bisher nicht lösen konnten, können sie aufgrund ihres eingeschränkten wirtschaftspolitischen Handlungsspielraums jetzt zum Teil noch schlechter lösen. Sie sind eingeeengt in der Fiskalpolitik und aufgrund der fixen Wechselkurse auch in

der Geldpolitik. Problematisch ist auch die Binnennachfrage, die in den vergangenen Jahren relativ hoch war. Das Geld floss vor allem in den Konsum und den Wohnungsbau. Dieser Konsum bricht jetzt weg.

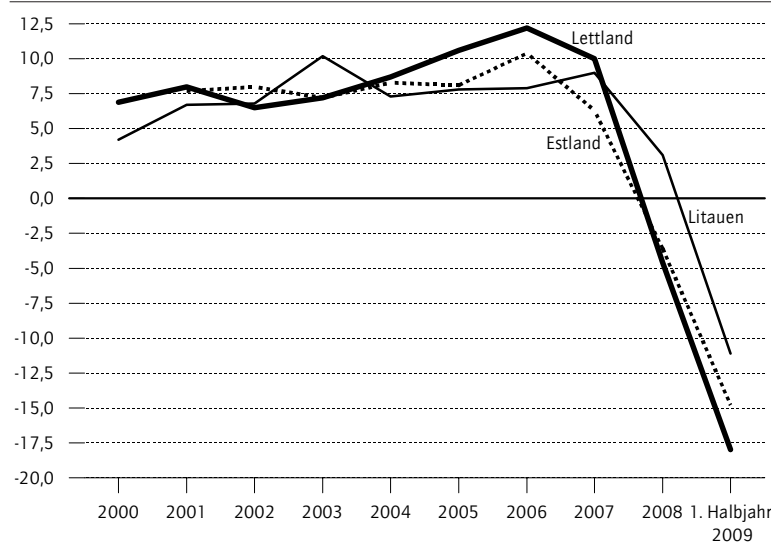
Wie fällt die Prognose für die kommende wirtschaftliche Entwicklung im Baltikum aus?

Die Prognose für die wirtschaftliche Entwicklung im Baltikum ist für die nächsten Jahre eine der düstersten in den mittel- und osteuropäischen Ländern. Wie schlimm es kommt, hängt auch davon ab, ob es in Lettland tatsächlich zu einer Währungskrise kommt. Wenn das passiert, dürften sich die Aussichten für einen Aufschwung im Baltikum sogar noch weiter verschlechtern.

Abbildung 1

Reales Bruttoinlandsprodukt in den baltischen Staaten

Veränderung in Prozent gegenüber der Vorperiode



Quellen: IWF; Global Insight.

DIW Berlin 2009

produkt, sowohl im europäischen als auch im weltweiten Vergleich. Diese Kapitalanlagen können rascher abgezogen werden als andere Investitionen,

- hoher Anteil von in Fremdwährung vergebenen Krediten im Inland.

Noch kurz vor der globalen Finanzkrise zeigten die Länder eine hohe wirtschaftliche Dynamik. So lag die Zuwachsrates des realen Bruttoinlandsprodukts der baltischen Länder von 2001 bis 2007 bei durchschnittlich sieben bis acht Prozent. Sie war damit höher als in den meisten neuen Mitgliedsländern der Europäischen Union.³ Die Dynamik resultierte aus einer starken Zunahme der privaten inländischen Nachfrage, und diese ging einher mit steigenden Leistungsbilanzdefiziten (Abbildung 2). Besonders ausgeprägt war der Fehlbetrag 2007 mit 23 Prozent des Bruttoinlandsprodukts in Lettland, gefolgt von Estland (18 Prozent) und Litauen (15 Prozent). In den meisten anderen osteuropäischen Mitgliedsländern sind die Defizite niedriger als im Baltikum.⁴

Finanziert wurden die enormen Leistungsbilanzdefizite größtenteils durch ausländische Banken.

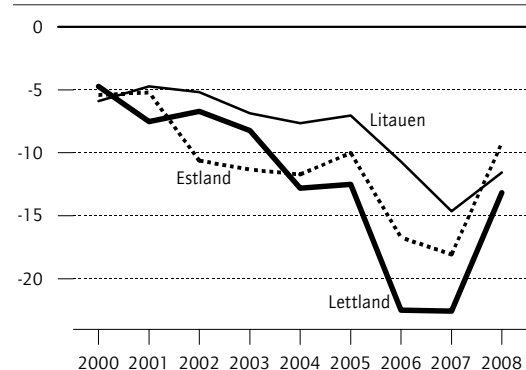
³ Allerdings erreicht die Wirtschaftsleistung des Baltikums bei weitem noch nicht den Durchschnitt der EU. Gemessen an diesem Durchschnitt ist von den baltischen Ländern Estland mit 72 Prozent am weitesten vorangeschritten, gefolgt von Litauen mit 60 Prozent und Lettland mit 58 Prozent.

⁴ Eine Ausnahme ist Bulgarien. Hier erreichte der Anteil 25 Prozent.

Abbildung 2

Leistungsbilanzdefizite in den baltischen Staaten

In Prozent des Bruttoinlandsprodukts



Quelle: IWF.

DIW Berlin 2009

Deren Tochtergesellschaften nahmen Kredite von ihren Muttergesellschaften auf und reichten diese an die privaten Haushalte und Unternehmen weiter. Die große Bedeutung ausländischer Banken als Kreditgeber zeigt sich an der Entwicklung der grenzüberschreitenden Forderungen von den an die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIS) berichtenden (europäischen) Banken. Ende 2008 beliefen sich die konsolidierten Forderungen gegenüber den baltischen Ländern auf 98 Milliarden US-Dollar. Dabei entfielen auf Estland 30 Prozent, auf Lettland 36 Prozent und auf Litauen 34 Prozent. Von den Forderungen gegenüber den baltischen Volkswirtschaften halten europäische Banken fast 100 Prozent. Hauptgläubiger sind schwedische Banken mit einem Anteil von mehr als zwei Dritteln, gefolgt von deutschen Kreditinstituten mit weniger als zehn Prozent. Eventuelle Forderungsausfälle würden damit hauptsächlich schwedische Banken treffen.

Ausländische, insbesondere skandinavische Banken haben im Zuge der Transformation auch Anteile an osteuropäischen Banken erworben und Tochtergesellschaften in den baltischen Ländern gegründet. Gemessen an den Bilanzaktiva ist die Beteiligung von ausländischen Banken besonders hoch in Estland (98,7 Prozent), gefolgt von Litauen (91,7 Prozent) und Lettland (63,8 Prozent).⁵

Die Kredite an private Haushalte sind in den letzten Jahren noch schneller gestiegen als die

⁵ Stand Ende 2007. Vgl. EBRD: Structural Change Indicators. www.ebrd.com/country/sector/econo/stats/index.htm.

Unternehmenskredite (Abbildung 3).⁶ Dabei hatten im Zeitraum von 2004 bis 2008 die Wohnungsbaukredite eine höhere Bedeutung als die Konsumentenkredite. Trotz stark steigender verfügbarer Einkommen der privaten Haushalte ist die Verschuldungsrate der privaten Haushalte gestiegen.⁷

Zum großen Teil sind die Kredite in Fremdwährungen nominiert, obwohl die Haushalte und Unternehmen kein Einkommen in ausländischer Währung erzielen. Fremdwährungskredite sind mit einem spezifischen Ausfallrisiko verbunden: Im Falle einer Abwertung der heimischen Währung verteuert sich für den inländischen Kreditnehmer die Kreditrückzahlung gemessen in heimischer Währung. Der Anteil der Kredite in Fremdwährungen belief sich Ende 2008 in Lettland auf 88,4 Prozent, in Estland auf 85,1 Prozent und in Litauen auf 60 Prozent. Wichtigste Fremdwährung ist in diesem Zusammenhang der Euro.

In den baltischen Ländern ist die Auslandsverschuldung insgesamt in den vergangenen Jahren gestiegen (Abbildung 4). Bis Ende 2008 war der Schuldenstand in Lettland auf 42 Milliarden US-Dollar, in Litauen auf 32,5 Milliarden US-Dollar und in Estland auf 27,4 Milliarden US-Dollar gewachsen. Dies entspricht einer Verschuldungsquote von 124 Prozent in Lettland, 118 Prozent in Estland und 68 Prozent in Litauen.

Eingeschränkter wirtschaftspolitischer Handlungsspielraum

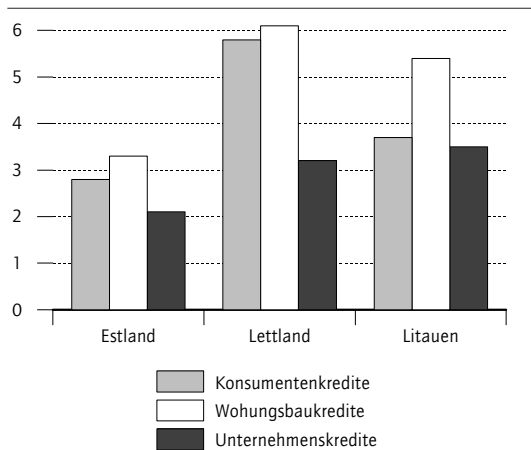
Die baltischen Länder haben ein festes Wechselkursregime mit einer Bindung an den Euro. In Estland und Lettland besteht ein „currency board“. Lettland hat ein Fixkurssystem mit einer Schwankungsbreite zum Euro von lediglich einem Prozent. Die in Estland für 2008 und in Lettland für 2009 geplante Euroeinführung musste verschoben werden, da die Länder das Inflationsziel, eines der Konvergenzkriterien, nicht erfüllen konnten. Als Termine sind nun 2010

⁶ Das Verhältnis von Krediten an den privaten Sektor zum Bruttoinlandsprodukt, das in den baltischen Ländern Ende 2002 weniger als 30 Prozent betrug, stieg bis 2007 in Litauen auf knapp 60 Prozent, in Estland auf 90 Prozent und in Lettland auf 94 Prozent. Ein im Transformationsverlauf steigender Anteil der Kredite am Bruttoinlandsprodukt ist ein typisches Phänomen. Allerdings war das Verhältnis von Krediten an den privaten Sektor zum Bruttoinlandsprodukt in den anderen osteuropäischen Mitgliedsländern Ende 2007 weitaus geringer – mit Ausnahme Sloweniens (79 Prozent).

⁷ Die verfügbaren Einkommen sind in den baltischen Staaten von 2002 bis 2008 im Durchschnitt um zwölf Prozent jährlich gewachsen. Besonders ausgeprägt war die Zunahme im Jahr 2007 in Lettland mit über 20 Prozent. Im Herbst 2008 erreichte der Anteil der Schulden am verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte in Estland 84,3 Prozent und ist damit in den vergangenen Jahren erheblich gestiegen (Ende 2002: 25,7 Prozent). Vgl. OECD: Estonia, OECD Economic Surveys. April 2009.

Abbildung 3

Unternehmens-, Wohnungsbau- und Konsumentenkredite in den baltischen Staaten

Zunahme in Prozent¹¹ Durchschnitt der Jahre 2004 bis 2008.

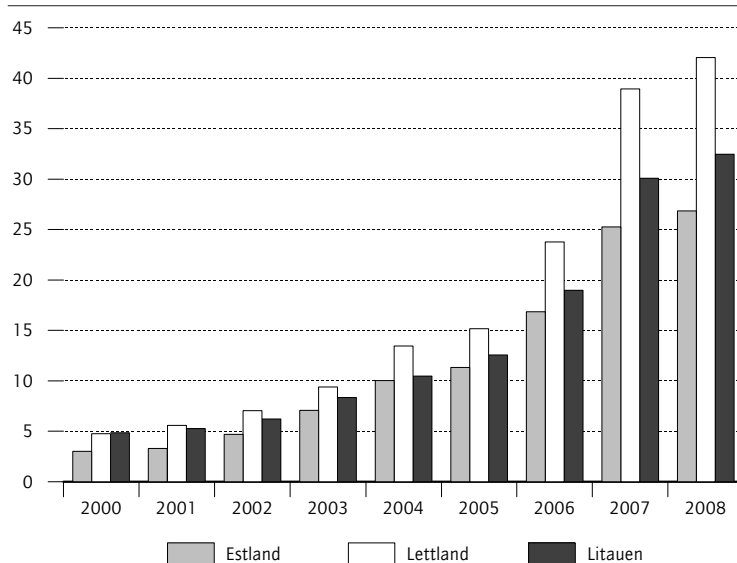
Quelle: EZB.

DIW Berlin 2009

Abbildung 4

Auslandsverschuldung¹ der baltischen Staaten

In Milliarden US-Dollar

¹ Bruttobestand am Jahresende.

Quelle: EBRD.

DIW Berlin 2009

(Estland) und 2012/2013 (Lettland) genannt. Litauen beabsichtigte zunächst ebenfalls den Euro zum 1. Januar 2010 einzuführen.

Aufgrund ihrer fixen Wechselkurse können die baltischen Länder kaum eine eigene Geldpolitik betreiben. Die inländische Geldmenge muss durch ausländische Währung gedeckt sein. Damit ist die

Frühwarnindikatoren für Währungskrisen

Indikatoren	
	Kritische Region
Überschuldung	
M2 zu Geldbasis	14
Inlandskredit zu Bruttoinlandsprodukt	10
Bank Runs	
Bankeinlagen	10
Probleme mit der Leistungsbilanz	
Exporte	10
Importe	10
Realer Wechselkurs	10
Probleme mit der Kapitalverkehrsbilanz	
Internationale Reserven	15
M2 zu Reserven	13
Reale Zinsdifferenz	11
Realer Zinssatz USA	17
Auslandsverschuldung	10
Wachstumsrückgang	
Industrieproduktion	11
Inländischer realer Zinssatz	12
Spread Kredit- und Einlagenzinssatz	20
Wertpapierpreise	11
Quelle: Darstellung des DIW Berlin. DIW Berlin 2009	

Die von Kaminsky et al. verwendeten Frühwarnindikatoren wurden im Zuge der Asienkrise im Jahr 1997 entwickelt und inzwischen auf eine Vielzahl anderer Währungskrisen angewandt. Die untersuchten Indikatoren – hierbei handelt es sich mit Ausnahme der Zinssätze um Veränderungsraten – lassen sich grob in fünf Gruppen fassen. Für jeden Indikator wird ein kritischer Bereich ermittelt. Dieser basiert auf den Erfahrungen mit Währungskrisen in einer Vielzahl von Ländern. Der kritische Bereich entspricht dem oberen oder unteren Perzentil, in dem der Wert des betrachteten Indikators erheblich von seinem Normalwert abweicht (Tabelle).

Der Schwellenwert gibt in einem ersten Schritt an, ob ein Signal ausgesendet wird. In einem weiteren Schritt wird ermittelt, welche Stärke die einzelnen Signale haben und zu welchem Zeitpunkt sie ausgesendet wurden. Die Signale sind umso stärker, je weiter sie sich oben oder unten in der kritischen Region befinden. Die Gewichtung eines Signals ist umso stärker, je aktueller es ausgesendet wird.

wirtschaftspolitische Steuerung auf die Fiskalpolitik eingeeengt. Den baltischen Ländern sind jedoch auch dabei weitgehend die Hände gebunden. Ihr geplanter Beitritt zur Eurozone setzt die Erfüllung der Maastricht-Kriterien voraus. Hierzu gehört, dass die Neuverschuldung drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts nicht überschreitet und die Staatsverschuldung nicht mehr als 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts beträgt.

Prekäre Lage in Lettland

Vor allem in Lettland ist die Lage des öffentlichen Haushalts aufgrund gesunkener Einnahmen und steigender Ausgaben stark angespannt. Am Jahresanfang 2009 war ein Memorandum of Understanding (MoU) zwischen Lettland und der EU geschlossen worden, das eine finanzielle Hilfe von 3,1 Milliarden Euro mit einer Laufzeit von sieben Jahren vorsieht.⁸ Aufgrund der sich verschärfenden Lage wurde das MoU am 13. Juli modifiziert und dabei die Defizitgrenzen für die nächsten drei Jahre angehoben.⁹ Demzufolge soll das Haushaltsdefizit zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2009 nicht überschrei-

ten (zuvor 5,3 Prozent) und bis 2012 (zuvor 2011) auf drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts zurückgeführt werden.

Das mit dem IWF Ende Juli 2009 geschlossene Abkommen über eine Tranche von 278 Millionen US-Dollar sieht weitere Ausgabensenkungen des öffentlichen Sektors sowie Steuererhöhungen in Lettland vor. Die finanzielle Unterstützung gibt Lettland zwar eine Verschnaufpause in Bezug auf den Abwertungsdruck, löst aber nicht die komplexen gesamtwirtschaftlichen Probleme.

Hinzu kommt, dass in Lettland nicht nur die Leistungsbilanz, sondern auch der Saldo der Direkt- und Portfolioinvestitionen sowie der Finanzderivate im vierten Quartal 2008 defizitär war. Vor diesem Hintergrund sanken die internationalen Reserven erheblich. Damit stieg der Druck auf die heimische Währung weiter.¹⁰

Gefahr einer Währungskrise in Lettland ...

Ein in der Literatur vielfach verwendeter Ansatz zur Früherkennung von Währungskrisen ist der

⁸ Die finanzielle Hilfe ist in Verbindung mit dem Kredit des IWF in Höhe von 1,5 Milliarden Sonderziehungsrechten (rund 1,7 Milliarden Euro) gewährt worden.

⁹ Im Juni 2009 konnten Staatsanleihen nicht mehr am Markt untergebracht werden.

¹⁰ Die lettischen Devisenreserven sanken im Zeitraum September 2008 bis Ende Juni 2009 um mehr als 35 Prozent. Vgl. Bank of Latvia, www.bank.lv/eng/main/all/statistics/imf/sdds/arres/index.php?93776.

von Kaminsky et al. entwickelte „Early Warning Signals Approach“.¹¹ Dabei werden anhand einer Vielzahl makroökonomischer und finanzieller Indikatoren Warnsignale im Vorfeld von Währungskrisen ermittelt. Es wird angenommen, dass diese Indikatoren sich vor einer Währungskrise anders verhalten, als wenn keine Krise bevorsteht. So geht man davon aus, dass Warnsignale ausgesendet werden, sobald die Indikatoren von ihrem „Normalwert“ erheblich abweichen und vordefinierte Schwellenwerte überschreiten (Kasten).

Für Lettland sind die Frühwarnsignale anhand der vorgestellten Indikatoren und der spezifischen Schwellenwerte für den Zeitraum von 1994 bis Mai 2009 berechnet worden.¹² Hieraus ergibt sich grob folgendes Bild:

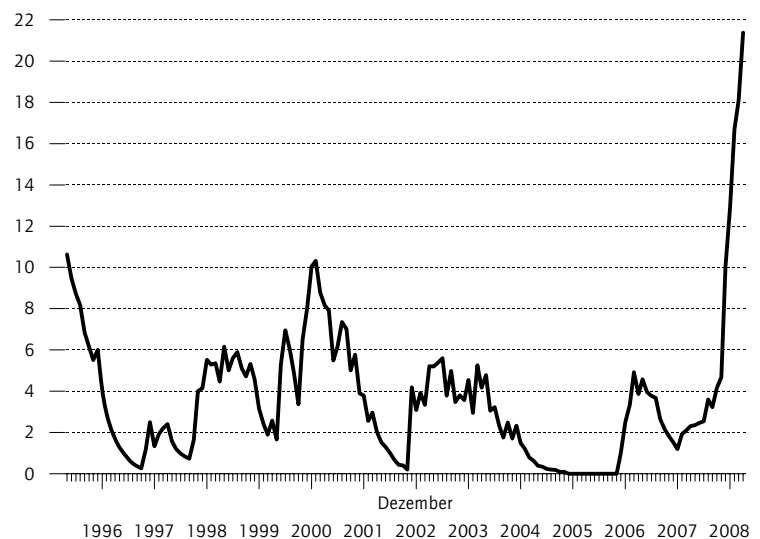
Keine beziehungsweise schwache Alarmsignale senden die verschiedenen Indikatoren zu den Zinssätzen. Gegenwärtig wird kein Alarmsignal mehr ausgesendet von den Indikatoren Importe, inländische Kredite zum Bruttoinlandsprodukt und Auslandsverschuldung. Dies ist darin begründet, dass die Verschuldung Lettlands aktuell nicht mehr zugenommen hat. Mittlere Signalstärke geht von dem Indikator „Bankeinlagen“ aus. Das Schrumpfen der Bankeinlagen deutet auf einen Vertrauensverlust hin; allerdings ist das Signal schwächer als im Zuge der lettischen Bankenkrise 1995.

Starke Alarmsignale werden von den Indikatoren Exporte, Industrieproduktion, dem M2-Multiplier, M2/Reserven, internationale Reserven, dem realen Wechselkurs sowie den Aktienkursen ausgesandt. Bei den realen Wechselkursen und den Exporten ist dies bereits seit Herbst 2008 und bei den Reserven seit Winter 2008 der Fall. Die Vielzahl starker, zum Teil lang anhaltender Signale deutet auf eine bevorstehende Währungskrise in Lettland hin.

Auch der „Composite“-Indikator, der sich aus den einzelnen Indikatoren zusammensetzt, und aufgrund der Gewichtung die aktuelle Situation besonders berücksichtigt, zeigt deutlich eine Verschärfung im Sommer 2009 (Abbildung 5).

Abbildung 5

„Composite“-Indikator



Quelle: Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2009

... aber Ansteckungseffekte eher gering

Eine Währungskrise in Lettland könnte negative Auswirkungen auf die beiden anderen baltischen Länder haben. Grundsätzlich gibt es drei Ansteckungskanäle für Währungskrisen:¹³

- Finanzielle Verflechtungen
- Handelsverflechtungen
- „wake-up calls“

Die finanziellen Verflechtungen Lettlands zeigen sich bei der Betrachtung der konsolidierten Nettoforderungen ausländischer Banken gegenüber Lettland.¹⁴ Von diesen Forderungen entfielen Ende 2008 etwa 53 Prozent auf schwedischen Banken, gefolgt von Deutschland mit knapp elf Prozent. Forderungen von Banken anderer Länder spielen eine geringe Bedeutung. Die in Lettland tätigen schwedischen Banken sind auch in den beiden anderen baltischen Ländern aktiv. Probleme lettischer Banken könnten daher über die schwedischen Mutterbanken auf Estland und Litauen übertragen werden. Laut schwedischer Reichsbank beliefen sich die Kreditausfälle der drei großen schwedischen Banken mit Geschäften in baltischen Staaten im ersten Quartal auf 40 Prozent der gesamten

¹¹ Kaminsky, G., Lizondo, S., Reinhart, C. M.: Leading Indicators of Currency Crises. The World Bank, Policy Research Working Paper No. 1852, November 1997 sowie Kaminsky, G.: Currency and Banking Crisis: The Early Warnings of Distress. Board of Governors of the Federal Reserve System, International Finance Discussion Paper No. 629, October 1998.

¹² Nicht alle Indikatoren waren für den gesamten Zeitraum verfügbar. Daten zur Auslandsverschuldung lagen nur bis einschließlich Dezember 2008 vor. Für die Aktienkurse gibt es Angaben erst seit September 2003.

¹³ Vgl. Roubini, N., Setser, B.: Bailouts or Bail-Ins? Responding to Financial Crisis in Emerging Economies. Washington DC 2004.

¹⁴ Dabei handelt es sich um ausländische Banken, die der Internationalen Bank für Zahlungsausgleich berichten. Vgl. für eine Liste der Herkunftsländer Bank of International Settlement: Quarterly Review. Juni 2009.

Kreditausfälle.¹⁵ In einem Szenario bis Ende 2010 sind auch weiterhin die größten Forderungsausfälle mit den baltischen Staaten zu erwarten. Dennoch wird aufgrund ihrer guten Kapitalisierung angenommen, dass die Banken die Belastungen verkraften können. Allerdings wird im Stresstest auch die große Unsicherheit des Szenarios betont.

Ein weiterer Ansteckungskanal sind Handelsverflechtungen. Lettlands wichtigste Handelspartner sind Litauen, Deutschland, Russland und Estland. Für die großen Volkswirtschaften Deutschland und Russland hat der Handel mit Lettland nur geringe Bedeutung. Demgegenüber hat der Handel Estlands und Litauens mit Lettland einen nennenswerten Anteil am jeweiligen Gesamthandelsvolumen, sodass sich eine Abwertung der lettischen Währung negativ auf Estland und Litauen auswirken kann. Dies gilt umso mehr, als es in den baltischen Ländern aufgrund ihrer ähnlichen Probleme (unter anderem hohe Leistungsbilanzdefizite), zu einem „wake-up call“ kommen kann. Anzeichen einer Währungs Krise in einem Land würden dann Investoren veranlassen, ihre Anlage nicht nur aus dem betroffenen

Land abziehen, sondern auch aus Ländern mit ähnlichen Merkmalen.

Fazit

In den Jahren von 2000 bis 2007 erreichte Lettland die höchsten Zuwachsraten des Bruttoinlandsprodukts in der Europäischen Union. Auch das Wachstum Estlands und Litauens lag in diesem Zeitraum weit über dem europäischen Durchschnitt. Der Rückgang der internationalen Kapitalzuflüsse im Zuge der globalen Finanzkrise hat die baltischen Länder, insbesondere Lettland, äußerst stark getroffen. Für die nächsten Jahre sind die Aussichten der baltischen Länder im europäischen Vergleich düster. Sollte es in Lettland tatsächlich zu einer Währungskrise kommen, würden sich die Chancen für das Baltikum auf einen baldigen Aufschwung weiter verschlechtern. Das Beispiel Baltikum zeigt, dass eine Entwicklungsstrategie, die auf hohe Kapitalzuflüsse setzt, stark vom weltweiten Investitionsklima abhängt und daher sehr fragil ist. Besonders problematisch ist diese Strategie, da die baltischen Länder kaum wirtschaftspolitischen Handlungsspielraum haben, um der Krise entgegenzuwirken.

JEL Classification:
F3

Keywords:
Baltic countries,
Currency crisis

¹⁵ Sveriges Riksbank: Financial Stability Report 2009:1, www.riksbank.com/templates/Page.aspx?id=31698.

Gewalttätige Konflikte erhöhen Einkommensungleichheit

Politische Unruhen, Bürgerkriege und im Extrem Völkermord sind einige der Gründe für die enttäuschende Wirtschaftsentwicklung in vielen Entwicklungsländern in den letzten Jahrzehnten, vor allem in Afrika. Perioden andauernder Gewalt beeinflussen auch die Verteilung von Einkommen in den betroffenen Gesellschaften. Eine Ländervergleichsstudie zeigt steigende Ungleichheit im Verlauf von gewalttätigen Konflikten, vor allem in den ersten Jahren nach Kriegsende. Die möglichst rasche Aufarbeitung der kriegsbedingten Verwerfungen im wirtschaftlichen und sozialen Leben scheinen diesem Trend entgegenwirken zu können.

Die Zahl gewalttätiger Konflikte hat nach dem Zweiten Weltkrieg zunächst stetig zugenommen, und trotz eines leichten Rückgangs nach Ende des Kalten Krieges beinträchtigen Kriege auch heute die Lebensbedingungen von Millionen Menschen. Dabei handelt es sich nur noch selten um zwischenstaatliche Auseinandersetzungen, sondern zunehmend um Krisen und gewaltsame Konflikte auf nationaler oder regionaler Ebene.¹ Stark variierend in Form und Intensität sind etwa ein Viertel aller Länder weltweit von gewalttätigen Massenprotesten, ethnischen Unruhen, Bürgerkriegen, Terrorismus oder Genozid betroffen.

Marc Vothknecht
mvothknecht@diw.de

Die Folgen dieser Konflikte sind vielfältig und betreffen unter anderem das politische, soziale und kulturelle Leben. Besonders verheerend kann der Einfluss auf die wirtschaftliche Entwicklung des betroffenen Landes sein. Studien haben die Auswirkungen von Bürgerkriegen auf die Verteilung von Produktionsfaktoren untersucht und bestätigen einen substantiellen Rückgang des Wirtschaftswachstums während der Auseinandersetzungen.² Dabei wird die besondere Bedeutung zurückgehender privater Investitionen betont. Ausmaß und Tempo wirtschaftlicher Erholung in der Nachkriegszeit scheinen dann vor allem durch internationale Hilfe und einen Fokus auf sozialpolitische Maßnahmen begünstigt zu werden. Im Mittelpunkt der hier vorgestellten Studie stehen die von gewalttätigen Konflikten ausgehenden Verteilungswirkungen, die bisher noch nicht systematisch untersucht wurden.³

¹ Kam es zwischen 1945 und 1999 zu 25 internationalen Kriegen mit insgesamt etwa 3,3 Millionen Opfern, sind im gleichen Zeitraum in innerstaatlichen Konflikten rund 16,2 Millionen Menschen ums Leben gekommen. Vgl. Fearon J., Laitin D.: Ethnicity, Insurgency and Civil War. In: American Political Science Review, 97 (1), 2005, 75–90.

² Siehe Collier, P.: On the Economic Consequences of Civil War. Oxford Economic Papers, 51, 1999, 168–83 sowie Imai K., Weinstein, J.: Measuring the Economic Impact of Civil War. CID Working Paper 51, Harvard University, 2000.

³ Vgl. Bircan, C., Brück, T., Vothknecht, M.: Violent Conflict and Inequality. Work in progress, 2009.

Messung von Ungleichheit

Die Ungleichverteilung von Einkommen oder Vermögen wird in der Regel auf Basis von Haushaltsbefragungen ermittelt. Für Deutschland stehen hier zum Beispiel die Längsschnittdaten des Sozio-oekonomischen Panel (SOEP) zur Verfügung. Das Ausmaß von Ungleichheit wird zumeist mit Hilfe des sogenannten Gini-Koeffizienten bestimmt. Der nach dem italienischen Statistiker Corrado Gini benannte Index wird nach folgender Formel berechnet:

$$G = \frac{1}{2n^2\bar{y}} \sum_{i=1}^n \sum_{j=1}^n |y_i - y_j|$$

wobei n der Anzahl der betrachteten Individuen und $y_{i,j}$ den jeweiligen individuellen Einkommen oder Vermögen entspricht. Der Gini-Index liegt per Definition zwischen den Werten 0 und 100. Bei einem Gini-Koeffizienten von Null ist das Einkommen vollkommen gleichverteilt, während sich der Gini-Koeffizient mit steigender Ungleichheit dem Wert 100 annähert.

Besonders hohe Ungleichheit in Afrika und Lateinamerika

Innerhalb von Gesellschaften bestehende Ungleichheiten sind nicht nur aus ethischen Gründen von Bedeutung. Diskrepanzen in der Verteilung etwa von Vermögen, Bildungschancen oder dem Zugang zum Arbeitsmarkt können auch Einfluss auf die wirtschaftliche Entwicklung haben. Die in ungleichen Gesellschaften für relativ viele Menschen mangelnden Chancen zur Teilhabe an wirtschaftlicher Aktivität sind oft gleichbedeutend mit nicht genutzten Wachstumspotentialen. Sind bestimmte gesellschaftliche Gruppen, wie zum Beispiel ethnische oder religiöse Gemeinschaften, systematisch benachteiligt, kann dies auch Auslöser von Spannungen und gewaltsamen Konflikten sein.⁴

Bei der Analyse solcher Ungleichheiten beschäftigt sich die ökonomische Forschung zumeist mit der Verteilung von Einkommen, oft gemessen mit dem Gini-Koeffizienten (Kasten). Der weltweite Vergleich der Entwicklung dieser Einkommensunterschiede zeigt deutliche Unterschiede zwischen den Kontinenten. Generell relativ stabil in den letzten 50 Jahren, sind die Einkommen in Lateinamerika und Afrika deutlich ungleicher verteilt als zum Beispiel in Asien oder den Mitgliedsländern der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD). In den Staaten des ehemaligen Ostblocks ist die zuvor relativ geringe Einkommensungleichheit in den letzten zwanzig Jahren deutlich gestiegen (Abbildung 1).

Das Ausmaß dieser Einkommensunterschiede bestimmt eine Vielzahl institutioneller und ökonomischer Faktoren. So beobachtet man eine größere Ungleichheit in Ländern, in denen

politische Mitbestimmung und der Zugang zu Bildung beschränkt sind.⁵ Die Macht politischer und wirtschaftlicher Eliten, über Klientelpolitik zu steigender Ungleichheit beizutragen, kann durch vorhandene Bürgerrechte und ein hohes allgemeines Bildungsniveau begrenzt werden. Hier spielen auch historische Entwicklungen und das Erbe der Kolonialzeit eine wichtige Rolle.⁶

Gerade in landwirtschaftlich geprägten Gesellschaften ist außerdem der Zugang zu Krediten von großer Bedeutung.⁷ Mikrokredite zum Beispiel ermöglichen der Bevölkerung Investitionen in Maschinen und Ausrüstung sowie in die Ausbildung des Nachwuchses. Stellt das Finanzsystem derartige Angebote nicht bereit und sind zudem als Sicherheit dienende Vermögenswerte (wie beispielsweise Land) ebenfalls ungleich verteilt, wird sich die Einkommensschere zwischen Arm und Reich auf lange Sicht weiter öffnen. Der Einfluss von Globalisierung und geöffneten Märkten auf die Verteilung von Einkommen hängt schließlich in erster Linie davon ab, wie sich die Nachfrage nach Arbeitskräften entwickelt. Während die ökonomische Theorie für Gesellschaften mit relativ großem Potential an niedrig qualifizierten Arbeitskräften einen Anstieg der Niedriglöhne und damit zurückgehende Lohn-

⁵ Li, H., Squire L., Zou, H.: Explaining International and Intertemporal Variations in Income Inequality. In: The Economic Journal, 108, 1998, 26–43.

⁶ So konnte beispielsweise gezeigt werden, dass die Siedlungspolitik europäischer Kolonialmächte auch durch die Lebensbedingungen vor Ort bestimmt wurde. In Regionen mit ähnlichen klimatischen Bedingungen ließen sich vergleichsweise viele Auswanderer nieder und errichteten am europäischen Vorbild orientierte politische Institutionen und Rechtssysteme. Wo hingegen Klima und Krankheiten wie zum Beispiel Malaria oder Gelbfieber einer breiten Besiedlung durch Europäer entgegenstanden, wurden oft ausbeuterische Institutionen geschaffen, deren Erbe bis in die heutige Zeit wirkt. Vgl. Acemoglu, D., Johnson, S., Robinson, J.: Colonial Origins of Comparative Development: An Empirical Investigation. In: American Economic Review, 91, 2001, 1369–1401.

⁷ Tsiddon, D.: A Moral Hazard Trap to Growth. In: International Economic Review, 33, 2001, 299–321.

⁴ Stewart, F. (Hrsg.): Horizontal Inequalities and Conflict Understanding Group Violence in Multiethnic Societies. London 2008.

unterschiede erwartet, zeigt die Realität, dass auch andere Entwicklungen möglich sind.⁸

Gewalttätige Konflikte beschleunigen die Umverteilung

Der Einfluss gewalttätiger Konflikte auf die Einkommensverteilung ist vielschichtig und nicht zuletzt von den besonderen Umständen des Konflikts und der betroffenen Volkswirtschaft abhängig. Gemeinsam ist vielen Konflikten der Einbruch wirtschaftlicher Aktivität. Die Zerstörung von Produktionsstätten sowie von Verkehrs- und Versorgungseinrichtungen lähmt volkswirtschaftliche Prozesse.

Oft wird der Abbau des volkswirtschaftlichen Kapitalstocks durch die Kapitalflucht vor allem ausländischer Investoren weiter beschleunigt. In der Folge sind steigende Preise für kapitalintensive Güter, ein Anstieg der Arbeitslosenzahlen und damit verbunden sinkende Löhne vor allem im Niedriglohnbereich zu erwarten. In einer solchen Situation sind wohlhabende und hoch qualifizierte Schichten eher in der Lage, im Ausland Zuflucht für sich und ihr Kapital zu finden.

Zerstörte Transport- und Kommunikationsinfrastruktur sowie ein von Unsicherheit und Gewalt geprägtes Umfeld erschweren zudem den Zugang zu Märkten. In den oft agrarisch geprägten Krisenregionen betrifft dies die ländliche Bevölkerung besonders. Wenn der marktwirtschaftliche Gütertausch nicht möglich ist, bleibt nur der Rückzug in die Selbstversorgung, was in der Regel mit einer erheblich geringeren Arbeitsproduktivität einhergeht. In extremen Fällen zwingen Kampfhandlungen die Zivilbevölkerung zur Flucht, zerstören die Ernte oder erschweren den Ackerbau dauerhaft, zum Beispiel durch Landminen.

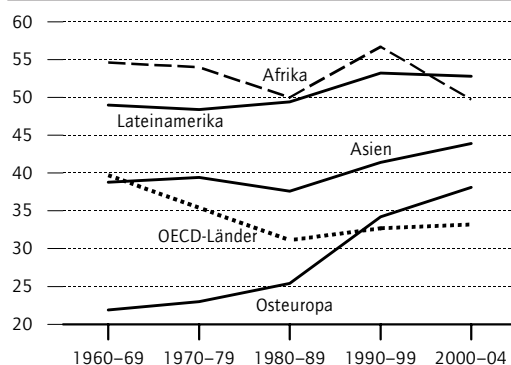
Neben der Marktwirtschaft ist auch die Funktionsfähigkeit des Staates in Krisenzeiten oft stark eingeschränkt. Mit dem Rückgang der volkswirtschaftlichen Produktion bricht auch die Grundlage für staatliche Einnahmen aus Steuern weg. Das Eintreiben der Abgaben wird zusätzlich durch Einschränkungen in der Verwaltung und mangelnde öffentliche Ordnung erschwert. In vielen Fällen steigen die Militärausgaben deutlich an und verdrängen zivile Ausgaben. Die Vernachlässigung sozialer Infrastruktur zum Beispiel im Bildungs- oder Gesundheitsbereich betrifft dabei vor allem von ihr abhängige, ärmere Bevölkerungsgruppen.

⁸ Anderson, E.: Openness and Inequality in Developing Countries: A Review of Theory and Recent Evidence. In: World Development, 33 (7), 2005, 1045–1063.

Abbildung 1

Einkommensungleichheit in verschiedenen Regionen der Welt

Gini-Koeffizienten



Quelle: Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2009

Nicht alle verlieren

Erodierende gesellschaftliche Strukturen und der Zerfall des staatlichen Gewaltmonopols können auf der anderen Seite den Boden für Korruption, illegale Märkte und Bereicherungswirtschaften schaffen. Der Handel mit Drogen, Waffen, Diamanten, Edelhölzern oder auch Menschen bietet einer relativ kleinen Gruppe von Kriegsprofiteuren hohe Gewinnspannen, oft unter Beteiligung der politischen und militärischen Eliten.

Auch Händlern und Mittelsmännern kann die Notsituation von Teilen der Bevölkerung die Chance bieten, überlebenswichtige Güter anzubieten und gegen verbliebene Vermögensgegenstände profitabel einzutauschen. Verlaufen Konflikte entlang ethnischer oder religiöser Linien, sind zudem systematische Vertreibungen und Enteignungen der Gegenseite zu Gunsten der eigenen Klientel ein häufig genutztes Mittel der Kriegsführung.

Einfluss über den Friedensvertrag hinaus

In der Summe deuten die mit gewalttätigen Konflikten einhergehenden Veränderungen der Volkswirtschaft also auf einen Anstieg der Einkommensungleichheit hin. Dabei führen die massiven Einschnitte in das wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben dazu, dass das Ende der Kriegshandlungen nicht gleichbedeutend mit der unmittelbaren Rückkehr zu friedlichen und produktiven Wirtschaftsstrukturen ist.

Der Wiederaufbau von zerstörter Infrastruktur ist ebenso eine der Grundvoraussetzungen für wirtschaftlichen Aufschwung wie die Wiederher-

stellung der öffentlichen Sicherheit. Dies wird oft erschwert durch vagabundierende Kombattanten, die weite Verbreitung von Waffen und damit verbundenen hohen Kriminalitätsraten. Solange es kein rechtsstaatliches Gewaltmonopol gibt, bestehen auch die während des Krieges entstandenen Bereicherungsstrukturen fort.

Da in den ersten Jahren der Nachkriegszeit ein hohes Risiko besteht, dass Konflikte wiederaufkommen,⁹ werden in vielen Fällen militärische Kapazitäten zunächst aufrechterhalten. Die Demobilisierung und damit verbundene Umschichtungen staatlicher Ausgaben vom Militär zu zivilen Investitionen und sozialer Versorgung finden entsprechend verzögert statt.

Auch die Rückkehr privater Investoren bedingt die Wiederherstellung von friedlichen Marktstrukturen und politischer Stabilität. Ebenso läuft die internationale Wiederaufbauhilfe in der Regel nicht unmittelbar an und wirkt vor allem in ländlichen Regionen nur verzögert. Die frühe Nachkriegszeit ist also noch entscheidend durch die Verwerfungen des Krieges geprägt und der Weg zurück zur Normalität ein oft jahrelanger Prozess.

Weltweite Daten zeigen steigende Ungleichheit in Krisenzeiten

Ein weltweiter Datensatz erlaubt es nun, die Verteilungswirkungen gewalttätiger Konflikte systematisch zu analysieren. Dazu wurden Informationen zum Gini-Koeffizienten aus 128 Staaten für den Zeitraum von 1960 bis 2004 verknüpft mit Angaben zu kriegerischen Auseinandersetzungen in diesen Ländern.

Die Ungleichheitsdaten stammen von der *UNU-WIDER World Income Inequality Database*, in der insgesamt mehr als 5 000 Gini-Koeffizienten aus verschiedenen Quellen zusammengestellt sind. Die Vergleichbarkeit dieser zum Teil auf unterschiedlichen Einkommenskonzepten beruhenden Daten wird über eine in diesem Zusammenhang häufig verwendete Regressionsanalyse erreicht.¹⁰

⁹ Vgl. zum Beispiel Collier, P., Hoeffler, A.: *Conflicts*. In: Lomborg, B. (Hrsg.): *Global Crises, Global Solutions*. Cambridge 2005.

¹⁰ So beruhen Schätzungen des Gini-Koeffizienten entweder auf Einkommens- oder auf Konsumdaten, wobei Einkommen in aller Regel ungleicher verteilt sind als Konsumausgaben. Das Ausmaß solcher struktureller Unterschiede lässt sich ökonometrisch schätzen, um die auf verschiedenen Datentypen basierenden Gini-Koeffizienten entsprechend anzupassen. Siehe hierzu auch Grün, C., Klasen, S.: *Growth, Income Distribution and Well-being in Transition Countries*. In: *Economics of Transition*, 9 (2), 2001, 359–394.

Die Informationen über gewalttätige Konflikte sind dem *UCDP/PRIO Armed Conflict Dataset Codebook* entnommen. Als Krieg gelten dabei solche kriegerischen Auseinandersetzungen, bei denen in mindestens einem Jahr des Konfliktes mehr als 1 000 Menschen den Kampfhandlungen zum Opfer gefallen sind.

Kürzere Kriege, weniger Opfer

Während die Weltkriege des vergangenen Jahrhunderts vor allem zwischen den Armeen großer Industrienationen ausgetragen wurden, finden sich die Schauplätze kriegerischer Gewalt in jüngerer Zeit vor allem in Entwicklungsländern. Die Charakteristika der gewalttätigen Konflikte in den letzten 50 Jahren weisen außerdem auf Veränderungen nach Ende des Kalten Krieges hin. Vor 1990 ausgebrochene Kriege dauerten im Durchschnitt deutlich länger als solche, die erst nach dem Fall der Berliner Mauer begonnen haben (13,3 beziehungsweise 4,5 Jahre).¹¹ Zudem ist die Intensität der Konflikte zurückgegangen: Die durchschnittliche Zahl der Kriegstoten in von Kriegen betroffenen Nationen ist von etwa 6 000 Opfern jährlich vor 1990 um die Hälfte auf ungefähr 3 000 Opfer jährlich nach 1990 zurückgegangen.

Die Daten deuten auch auf Veränderungen der Einkommensungleichheit in Krisenzeiten hin. Im Durchschnitt liegt der Gini-Koeffizient in Zeiten von gewalttätigen Konflikten mit 47 Gini-Punkten deutlich höher als in Friedenszeiten (40 Punkte). Ein Grund für höhere Ungleichheit in Krisen- und Kriegsregionen könnte allerdings sein, dass diese Länder ohnehin und schon vor Ausbruch der Gewalt hohe Einkommensunterschiede aufweisen. Um eine solche Verzerrung zu vermeiden, betrachten wir die Abweichung des Gini-Koeffizienten vom jeweiligen langjährigen Durchschnitt eines jeden Landes. Veränderungen der Ungleichheit für unterschiedliche Länder können so vergleichbar gemacht werden. Im Fokus stehen also nicht zwischenstaatliche Unterschiede in der Einkommensungleichheit, sondern die Entwicklung der Ungleichheit innerhalb der betrachteten Nationen. Abbildung 2 zeigt, wie sich der Gini-Koeffizient im Durchschnitt aller betroffenen Länder in der Phase des Kriegausbruchs verändert.

¹¹ Eingerechnet sind auch Konflikte, die zum Ende des betrachteten Zeitraums noch andauerten. Zu berücksichtigen ist, dass die Mehrzahl dieser noch nicht beendeten Konflikte erst nach 1990 begonnen hat.

Steigende Ungleichheit in den ersten Nachkriegsjahren

Es lässt sich erkennen, dass sich die Ungleichheit der Einkommen vor dem Ausbruch eines Krieges durchschnittlich nur leicht erhöht. Relativ stabil vor Beginn des Konflikts, steigt die Einkommensungleichheit dann aber im Verlauf der ersten Kriegsjahre im Durchschnitt deutlich an. Betrachtet man schließlich die Phase des Übergangs vom Krieg zum Frieden (Abbildung 3), zeigt sich vor allem in den ersten Nachkriegsjahren eine erhöhte Ungleichheit. Dieser Anstieg der Ungleichheit erreicht ihren Höhepunkt fünf Jahre nach Kriegsende, um dann nach weiteren fünf Jahren auf das Ausgangsniveau zurückzukehren.

Diese Trends werden durch die statistische Regressionsanalyse bestätigt. Hier werden neben der Präsenz gewalttätiger Konflikte auch andere Bestimmungsfaktoren von Ungleichheit berücksichtigt, wie die Wirtschaftskraft, die Größe des Staatshaushaltes und das Handelsvolumen der untersuchten Länder. Der konfliktbedingte Anstieg der Ungleichheit ist mit geschätzten 3,0 Gini-Punkten in der Nachkriegszeit besonders stark ausgeprägt. Vor dem Hintergrund relativ konstanter Einkommensungleichheit über lange Zeiträume ist dies ein beachtlicher Anstieg.

Fazit

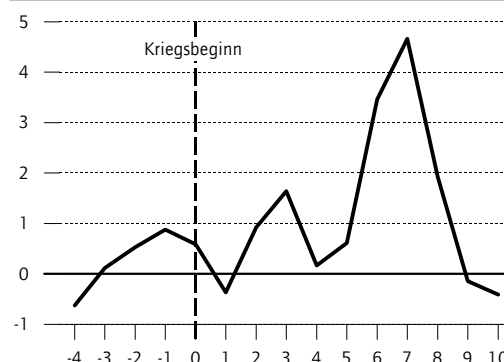
Das in die Nachkriegszeit hinein wirkende Erbe von Kriegen mit zunächst anhaltend hohen Militärausgaben, wenig Spielraum für soziale Umverteilung und fortbestehenden Bereicherungs- und Unrechtsstrukturen sind mögliche Erklärungen für steigende Einkommensungleichheit in den ersten Jahren nach Kriegsende. Diese Entwicklungen sollten im Prozess des Wiederaufbaus beachtet werden. Die Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit, die Förderung sozialer Infrastruktur und die Stärkung friedlichen Wirtschaftens scheinen geeignet, steigender Ungleichheit entgegenzuwirken und so auch neue Gewalt zu vermeiden.

Zukünftige Forschung sollte zum besseren Verständnis der zugrunde liegenden Prozesse

Abbildung 2

Einkommensungleichheit im Verlauf eines Krieges

In Punkten des Gini-Koeffizienten



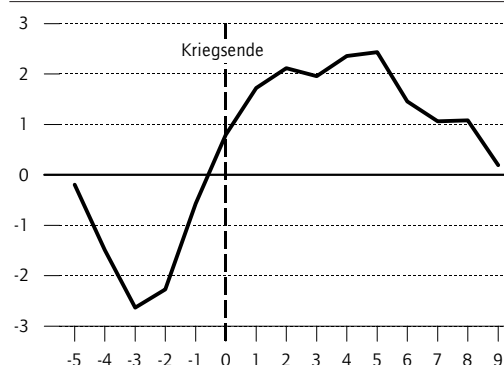
Quelle: Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2009

Abbildung 3

Einkommensungleichheit im Übergang in die Nachkriegszeit

In Punkten des Gini-Koeffizienten



Quelle: Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2009

beitragen. Weitere Untersuchungen auf Mikroebene können landes- und konflikt spezifische Umstände berücksichtigen, um hieraus politische Handlungsempfehlungen abzuleiten. Die Analyse der Verteilungswirkungen für spezifische Einkommensgruppen – werden die Armen ärmer oder Reiche reicher? – schließlich scheitert bisher an mangelnden Daten. Die in letzter Zeit in zunehmendem Maße auch in Krisenregionen erhobenen Datensätze werden zur Beantwortung solch offener Fragen beitragen.

JEL Classification:
O11, O15

Keywords:
Inequality,
Conflict,
War

Pio Baake, Christian Wey

Mergers in Imperfectly Segmented Markets

We present a model with firms selling (homogeneous) products in two imperfectly segmented markets (a "high-demand" and a "low-demand" market). Buyers are mobile but restricted by transportation costs, so that imperfect arbitrage occurs when prices differ in both markets. We show that equilibria are distorted away from Cournot outcomes to prevent consumer arbitrage. Furthermore, a merger can lead to an equilibrium in which only the "high-demand" market is served. This is more likely (i) the lower consumers' transportation costs and (ii) the higher the concentration of the industry. Therefore, merger incentives are much larger than standard analysis suggests.

Discussion Paper Nr. 919

September 2009

Frank M. Fossen, Davud Rostam-Afschar

Precautionary and Entrepreneurial Saving: New Evidence from German Households

The well-documented positive correlation between income risk and wealth was interpreted as evidence for high amounts of precautionary wealth in various studies. However, the large estimates emerged from pooling non-entrepreneurs and entrepreneurs without controlling for heterogeneity. This paper provides evidence for Germany based on representative panel data including private wealth balance sheets. Entrepreneurs, who face high income risk, hold more wealth than employees, but it is shown that this is not due to precautionary motives. Entrepreneurs may rather save for old age, as they are usually not covered by statutory pension insurance. The analysis accounts for endogeneity of entrepreneurial choice.

Discussion Paper Nr. 920

September 2009

Olaf J. de Groot

Measuring Ethno-Linguistic Affinity between Nations

Research on ethno-linguistic ties has so far mostly focused on domestic measures of ethno-linguistic heterogeneity. Little attention has been given to the possibility that ethno-linguistic relations between countries may affect outcomes, particularly in a spatial econometric context. In this paper, I propose a way of measuring Ethno-Linguistic Affinity between nations. This new index measures the degree of similarity two randomly drawn individuals from two different populations can be expected to display. I show that this measure has a number of attractive theoretical characteristics, which make it particularly useful and continue to actually construct such a measure for all countries in Africa. Finally, using this measure of Ethno-Linguistic Affinity, I show that civil conflict in Africa is likely to spill over between contiguous ethno-linguistically similar countries.

Discussion Paper Nr. 921

September 2009

Themen des nächsten Wochenberichts:
Politische Agenda für die neue Bundesregierung

Veranstaltungen des DIW Berlin

Invitation, DIW Berlin, IMF, October 9 DIW Berlin and the International Monetary Fund, European Department are pleased to invite you to the next DIW Berlin Seminar with

Professor Helge Berger

International Monetary Fund, EU Policies and Regional Studies Division, European Department

Regional Economic Outlook, Europe: Securing Recovery

Friday, October 9, 2009, from 11:30 a.m. to 1:00 p.m.

DIW Berlin
Mohrenstr. 58, 10117 Berlin
Schumpeter Hall, First Floor

Comment: Dr Christian Dreger, DIW Berlin

Chair: Carel Mohn, DIW Berlin

Helge Berger from the IMF will present the latest issue of the IMF's *Regional Economic Outlook* on Europe and will discuss its key findings:

Europe's contraction is ending, but the recovery is fragile. Policy makers should look beyond the crisis to secure a durable upswing and address the threats to potential growth from the crisis and the continent's well-known structural rigidities. The report's analytical work stresses the uncertainty surrounding potential growth estimates, and the more volatile environment faced by emerging economies in a tightly integrated region. In the near term, this calls for measures to restore the financial sector to health and for continued macroeconomic support, while preparing for the exit from extraordinary interventions in a coordinated and transparent fashion. Higher longer term growth through structural change will support the recovery, smooth the exit, and help emerging markets to adjust to lower capital inflows in the crisis' aftermath.

The presentation will be held in English.

Please confirm your participation by e-mail: events@diw.de.

Impressum

DIW Berlin
Mohrenstraße 58
10117 Berlin
Tel. +49-30-897 89-0
Fax +49-30-897 89-200

Herausgeber

Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann
(Präsident)
Prof. Dr. Tilman Brück
Dr. habil. Christian Dreger
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Prof. Dr. Alexander Kritikos
Prof. Dr. Viktor Steiner
Prof. Dr. Gert G. Wagner
Prof. Dr. Christian Wey

Chefredaktion

Dr. Kurt Geppert
Carel Mohn

Redaktion

Tobias Hanraths
PD Dr. Elke Holst
Susanne Marcus
Manfred Schmidt

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49 – 30 – 89789–249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 7477649
Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01805–19 88 88, 14 Cent./min.
Reklamationen können nur innerhalb
von vier Wochen nach Erscheinen des
Wochenberichts angenommen werden;
danach wird der Heftpreis berechnet.

Bezugspreis

Jahrgang Euro 180,–
Einzelheft Euro 7,–
(jeweils inkl. Mehrwertsteuer
und Versandkosten)
Abbestellungen von Abonnements
spätestens 6 Wochen vor Jahresende
ISSN 0012-1304
Bestellung unter leserservice@diw.de

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit
Quellenangabe und unter Zusendung
eines Belegexemplars an die Stabs-
abteilung Kommunikation des DIW
Berlin (Kundenservice@diw.de)
zulässig.

Gedruckt auf
100 Prozent Recyclingpapier.

Schlüssler 2008



Der Aufstieg des Atypischen und der Fall der Volksparteien

von Alexander Kritikos*

Es ist seit dem vergangenen Sonntag oft gesagt worden, doch angesichts der Dramatik der Ereignisse lohnt ein weiterer Blick: Die Bundestagswahl brachte Union und SPD eine bittere Erkenntnis – sie sind keine Volksparteien mehr. Teilten sich die beiden in den 70er Jahren noch über 90 Prozent der Stimmen (heute unvorstellbar), so schmolzen diese Werte in den letzten Jahrzehnten kontinuierlich zusammen, auf unter 90 Prozent in den 80er Jahren und unter 80 Prozent in den 90er Jahren. Heute kommen die beiden Parteien zusammen auf 56,8 Prozent! Die SPD verlor im letzten Jahrzehnt die Hälfte ihrer Wählerschaft, die CDU/CSU seit den 80er Jahren nicht viel weniger – kein Grund also für die Union, sich über ihr Ergebnis wirklich zu freuen, denn ihr Stimmenverhältnis zum voraussichtlichen Koalitionspartner hat sich von 1:7 im Jahr 1983 auf 1:2,3 reduziert.

Wie lässt sich das veränderte Wählerverhalten erklären? Zweifellos ist da zum einen das Erstarken der drei kleinen Parteien zu nennen, die für ihre jeweilige Klientel gezielt ein entsprechendes Profil entwickeln und so an Stimmen zulegen können. So mancher spricht bei diesen Parteien schon vom „Markenkern“, den sie im Unterschied zu den Volksparteien hätten. Aber das ist nur die halbe Geschichte! Für die Volksparteien ist wichtiger: Stärkste Fraktion sind im Jahre 2009 erstmalig die Nichtwähler. Sie machen über 18 Millionen Wahlberechtigte aus und liegen damit noch vor der Union. Ein Rückblick zeigt, dass die Wahlbeteiligung nahezu parallel zum Absturz der Volksparteien verlief – von über 90 Prozent in den 70er Jahren auf immerhin 70,8 Prozent.

Ein Grund, warum die Volksparteien das Volk immer weniger erreichen, könnte im veränderten ökonomischen Umfeld liegen. In den 70er Jahren lebte die überwiegende Mehrheit in sogenannten Normalarbeitsverhältnissen. Das sind stabile, weil unbefristete, sozialversicherungspflichtige Vollzeitberufstätigkeiten, meist für einen Arbeitgeber während des gesamten Erwerbslebens. Die Programme der beiden Parteien bedienten nahezu ausschließlich diese Menschen. Das Normalarbeitsverhältnis jedoch ist erodiert und die Volksparteien haben anscheinend noch nicht die richtige Antwort auf diese substantielle Änderung gefunden. Ihre Angebote scheinen für Menschen nicht attraktiv zu sein, die freiwillig oder unfreiwillig (beides ist möglich!) in noch atypisch genannten Arbeitsverhältnissen leben. Wenn die beiden großen Parteien also weiterhin Volksparteien bleiben wollen, müssten sie Programme entwickeln, die alle Erwerbspersonen erreichen. Dass ihnen dieser Spagat gelingen wird, darf derzeit bezweifelt werden. Denn mit der Veränderung der Arbeitswelten lassen sich die immer unterschiedlicheren Interessen nicht mehr so leicht in einem Programm verbinden.

* Prof. Dr. Alexander Kritikos leitet die Abteilung Innovation, Industrie, Dienstleistungen im DIW Berlin.